

Der Legitimationsverlust der Eliten

Von Michael Brumme

Datum: 2007-06-06

Wie wir anhand des Artikels [„Die Krise und die Folgen für die Legitimation der Eliten“](#) erfahren konnten, basiert die machtpolitische Legitimation einer Gruppe, eines staatlichen Oberhauptes oder eines ganzen Systems letztlich nur auf dem Vertrauen der „Untertanen“, auf dass sie ihre ureigensten, von Natur erhaltenen Rechte, wie z.B. das Recht auf Selbstverteidigung durch Waffenbesitz, freiwillig einer übergeordneten Instanz übertragen. Der Verzicht bzw. die Übertragung der Ausführung aller Teilnehmer dieser Rechte ermöglicht erst den ökonomischen Aufstieg des Einzelnen und im Gefolge einer gesellschaftlichen Gruppe oder eines Volkes.

Umgedreht gilt das gleiche aber auch: „Weiß Brot ich eß, deß Lied ich sing“, gilt nur so lange, wie das Brot vorhanden ist, oder anders ausgedrückt: „Kah Göhd, kah Musi“, keine Versorgung heißt keine Gefolgschaft. Und die Versorgung der Wählerschaft, und damit ist die Grundversorgung mit Lebensmitteln nur eine davon, darf in Zukunft ernsthaft hinterfragt werden.

Jetzt stellt sich natürlich die Frage, wie denn so ein Legitimationsverlust, den es in der Geschichte öfters gegeben hat, vor allem im 20. Jahrhundert, in unserer heutigen Zeit an Hand der EU aussehen würde.

Vielleicht ist es daher von Vorteil, das Ende der Legitimation der „demokratischen“ Eliten mit dem Ende der „sozialistischen“ Eliten in Verbindung, hier in dem Fall die DDR, zu setzen. Da der Autor die Abwicklung der „sozialistischen“ Eliten im Ostblock, namentlich aber in seiner Heimatstadt Sondershausen miterlebt hat, möchte er dem Leser an dieser Stelle davon berichten. Der besseren sprachlichen Gestaltung wurde daher die Ich-Form verwendet.

Der Legitimationsverlust der „östlichen“ Eliten

Legitimation

["Die Verteilung der politischen Macht im Kreis Sondershausen war dermaßen ungleich, daß der 1. SED-Kreissekretär Manfred Keßler, der sich auf seine Verwandtschaft zum DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler stützen konnte, in den Augen der Bürger zu einem absolutistisch regierenden "Fürsten" wurde, der in seinem Territorium tun und lassen konnte, was er wollte. Manfred Keßler zögerte nicht, berufliche Laufbahnen zu zerstören, wenn sich ein Förster aus volkswirtschaftlichen Gründen weigerte, in einem Waldgebiet die Jagd anzusetzen, die er, Keßler, befohlen hatte. Die Kantine der SED-Kreisleitung wurde durch den Kultur- und Sozialfonds des VEB Elektroinstallation Sondershausen unterstützt, damit die SED-Funktionäre, die immerhin das zwei- bis dreifache eines durchschnittlichen DDR-Lohnes erhielten, ihr Essen billiger erwerben konnten."](#)

Übrigens gab es auch einen Konflikt mit dem oben genannten Herren und meiner Familie, da der Herr auch die Karriere meines Vaters damals beenden wollte, aber nicht mehr dazu kam. Ich hatte also Grund, anwesend zu sein.

Diesen Kerl wollten wir (3000 Demonstranten incl. mir, damals 14 Jahre alt) 1989 eines Abends aus dem Kreisleitungsgebäude Sondershausens herausholen und zur Rede zu stellen. Wäre er gekommen, wir hätten ihn aber vermutlich gelyncht, so aufgeheizt war die Atmosphäre. Stattdessen erklärte ein herausgekommenes Mitglied des inneren Machtzirkels, das einen halben Meter vor mir stand und das angesichts von Tausenden Demonstranten wie Espenlaub zitterte, der Herr wäre nicht da (hatte sich also abgesetzt). Nach langem hin und her nannte der „Vertreter“ einen Zeitpunkt, an dem der Herr K. sich definitiv den Fragen der Öffentlichkeit und der Presse stellen wollte, und wir zogen ab. Polizei war nirgends zu sehen.

Später wurde die Zentrale des MfS gestürmt und verwüstet, allerdings war ich da nicht mehr beteiligt. Die nachträgliche Untersuchung der Polizei zu der Erstürmung, an der Kameraden meiner Klasse teilgenommen hatten (14 bis 15 jährige) verliefen im Sande.

Auch ein späterer Überfall auf ein Armeegelände (Truppenübungsplatz der NVA) konnte nicht aufgeklärt werden, obwohl die Polizei hauptsächlich in den Schulen ermittelte, und die Schuldigen natürlich neben uns auf der Bank saßen. Aber gegen Minderjährige konnte nichts unternommen werden und wir wussten natürlich von nichts.

Ähnliches hatte sich auch im Nachbarkreis Sangerhausen zugetragen, dort allerdings befand sich die Regionalleitung des MfS und zwar ironischer Weise auf einem Berg an einer Klippe, auf einem Gelände einer Burgruine in einem ehemaligen Erholungsheim, nämlich der Rothenburg am Kyffhäuser. Die ortsansässigen Bürger hatten das Nest regelrecht ausgeräuchert, die Inneneinrichtung zerschlagen, die Akten vernichtet und selbst die Versorgungsanlagen zerstört. Bei meiner Visite im Jahr 2000 waren die Schäden nach wie vor sichtbar, niemand hatte sich um das Anwesen danach gekümmert, lediglich um die mittelalterliche Ruine selbst.

Demonstrationen fanden alle paar Tage statt, ein kleiner Artikel in der Lokalzeitung genügte, um mehrere Tausend aufzubringen. Die Frage erübrigt sich, ob diese Demonstrationen angemeldet und behördlich genehmigt oder überhaupt verfassungsgemäß waren.

Die Gerüchte aus Leipzig von Armee und Polizeitruppen, welche solche Demonstrationen auflösen sollten, bewahrheiteten sich nicht, trotzdem schaute ich an jeder Kreuzung vorsichtig in die Seitenstrasse, ob dort nicht Truppen stünden.

Einer dieser Demonstrationenzüge endete in einem Wohnviertel, in dem mehrere Tausend Familien lebten. Zu nächtlicher Stunde, gegen 23.00 Uhr mitten in der Woche, hatten sich dort mehrere Hundert Demonstranten versammelt. Auf einem Balkon stand eine Frau Mitte der 30 und sprach in ein Megafon zu den Demonstranten und ließ ihrer Wut über die gesellschaftlichen Zustände freien Lauf. In unregelmäßigen Abständen johlte die Menge auf. Von Polizei war wieder weit und breit nichts zu sehen.

Spontan hatte sich die Frau entschlossen, eine Art Bürgerkomitee zu gründen und forderte Freiwillige auf, beizutreten und schriftlich eine Erklärung abzugeben. Ich bin also bis in die Wohnung gelangt um dort hautnah eine im wahrsten Sinne des Wortes „Basisdemokratie“ festzustellen, bin aber nicht lange dort geblieben sondern habe mich unauffällig verabschiedet, da ich eine Finte der Sicherheitsbehörden befürchtete bzw. ein behördliches Nachspiel, welches aber niemals stattfand.

Die Verantwortlichen wurden zur Verantwortung gezogen, und das auf ehrenhafte Art und Weise, wobei die Sondershäuser auf diese Abwicklung durchaus stolz sein dürfen. Der besagte Herr K. stellte sich an einem Samstag der Öffentlichkeit, allerdings aus Furcht im städtischen Kino, in welchem vor der Leinwand Tische und Stühle sowie Mikrofone aufgestellt waren.

Ich war natürlich rechtzeitig da und saß in der oberen Etage mittig, und sah und hörte sehr gut. Zu einer ernsthaften Konversation kam es jedoch nicht. Die „Veranstalter“ hatten schlichtweg nicht bedacht, dass die Öffentlichkeit doch größer war als die 500 Leute, denen das Kino Platz bot. Daher wollten natürlich „alle“ in das Kino, und es kam zu heftigen Tumulten, denn die Leute sahen sich ausgeschlossen und vermuteten eine Farce. Daher sahen sich die „Veranstalter“ genötigt, die „Veranstaltung“ auf einem öffentlichen Platz abzuhalten, der in dem Fall vor dem Kino und dem Rathaus lag.



Etwa eine Woche nach dem Kinodebakel fand also die „Hinrichtung“ des Herrn K. in aller Öffentlichkeit statt, diesmal war zum ersten Mal sogar ein (1!) Polizeiwagen anwesend, angesichts der später in der Lokalzeitung angegebenen circa 10000 Versammelten (von 23000 damaligen Einwohnern der Stadt Sondershausen) und dem brisanten Thema eine hohe Zahl anscheinend. Es verlief alles gesittet, die Bürger stellten ihre Fragen, erhoben ihre schweren Vorwürfe und Herr K. und seine elitären Kollegen, die vor dem Rathaus standen (Bild), antworteten angesichts tausender Bürger. Eine für damalige Verhältnisse schwere Demütigung für diesen Lokalpolitiker. Er blieb nicht allzu lange mehr im Amt, ein

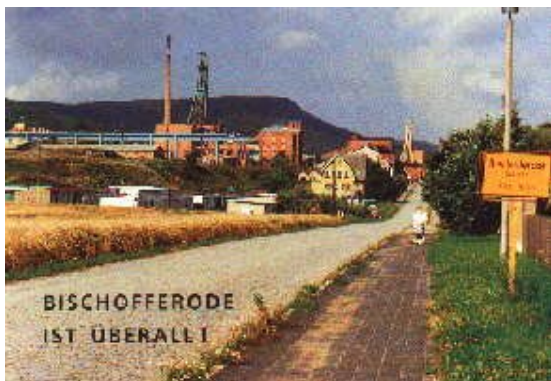
paar Tage vielleicht. Er wird wohl heute Rentner sein, wenn er noch lebt.

Systemkrise

Die Defizite in der politischen Organisation von Staat und Gesellschaft und die desolante Lage der Wirtschaft untergruben auch deshalb den Legitimitätsglauben der Bevölkerung, weil sich die Führungsschicht von Staat und Partei zudem ein umfangreiches Privilegiensystem geschaffen hatte, das massiv gegen den Gleichheitsgrundsatz, mit dem die Kommunisten ursprünglich angetreten waren, verstieß. Immer wieder wurde 1989 kritisiert, daß die, "die Wasser predigen, Wein trinken".

So ist es auch heute noch, nur diesmal werden alle europäischen Völker, nicht nur des Ostblocks, diese Erfahrung machen. Freiheit („Liberty“, nicht „Freedom“) riecht einfach phantastisch, man kann das mit nichts anderem vergleichen. Wer es einmal gerochen hat, will nichts anderes mehr.

Obgleich ich mich natürlich damals wirklich frei gefühlt habe, namentlich in der „Kinositzung“, kam die Ernüchterung recht bald. Irgendwann beschloss die Regierung Kohl, die Industrien der Kaliförderung einer „gesamtdeutschen“ Lösung zu zuführen, d.h. die Kali- und Salz AG durfte diese Industrien symbolisch erwerben und schadlos demolieren, obwohl sogar Investoren mitunter vorhanden waren.



Bischofferode hatte sich zwar erfolgreich zu einer damals stattlichen Abfindung pro Bergmann medienwirksam „durchgehungert“ und letztlich doch verloren, Sondershausen protestierte aber nicht einmal. Stattdessen so eine Enttäuschung, wie begossene Pudel sahen diese „Helden der Wende“ nun aus, dabei ging es doch jetzt um die Existenz, und nicht um Legitimationen irgendwelcher Sowjetmarionetten!

Heute weis natürlich jeder, dass solche Ereignisse tagtäglich stattfinden und den Heuschrecken angelastet werden, damals ging es „nur“ um reine „Flurbereinigung“ lästiger Konkurrenz, zeigte aber

schon sehr drastisch die negativen Auswüchse der „ausländischen“ Kapitalmacht, denn die BRD war da noch kürzlich Ausland und erklärter Klassenfeind Nr. 1 gewesen. Nun also hatten wir die Systemkrise der DDR und des Ostblocks gegen die Systemkrise der BRD und der „Freien Welt“ eingetauscht.

Der Legitimationsverlust der „westlichen“ Eliten

Damit kommen wir zu unserer ursprünglichen Frage, nämlich wie ein Legitimationsverlust bei den heutigen „westlichen“ Eliten im einzelnen ablaufen würde.

Dazu gehören zwei Dinge, nämlich einmal die gesamtgesellschaftliche Abwicklung und einmal die Abwicklung vor Ort. Im Vergleich dazu kennt jeder die historischen Ereignisse beim Zusammenbruch der DDR, aber die lokalen Umbrüche sind völlig unterschiedlich.

Generell lässt sich aber schon jetzt sagen, dass je umstrittener die lokalen Entscheider sind, desto heftiger wird der Umbruch sein. Einseitige politische Entscheidungen, in letzter Zeit oft zu Gunsten bestimmter Gruppen, z.B. Verkauf kommunalen Eigentums an Heuschrecken ohne zwingende Gründe oder ruinöse finanzpolitische Spielchen, sind für das langfristige Gemeinwohl oftmals abträglich und prägen sich zumindest auf lokaler Ebene fest ins Gedächtnis der Bürgerschaft ein.

Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene findet die Abwicklung im Rahmen des Nationalstaates statt. Auf Gerichte oder exekutive Kräfte wie Polizei und BGS etc. brauchen die Verantwortlichen für ihren Schutz nicht zu setzen. Gerade das Beispiel Sondershausen zeigt, wie sich die Polizei beim Zusammenbruch in der DDR nicht nur in Leipzig, sondern auch in kleinen Städten verhalten hat, als die Frage nach der Loyalität gestellt wurde: sie war nicht anwesend. Die Gründe dafür waren damals bekannt und sind es auch heute, und heute sind es sicherlich noch mehr.

Also, am „Tag der Abrechnung“ holt sich das Volk sein Recht, wie immer es auszusehen hat. Da wird dann aus einem dumpfen Gefühl der Wut und der Ablehnung irgendwann aus einem nichtigen Anlass heraus eine unkontrollierte Handlung, meist ein Protest, vielleicht ein „Kohlscher Eierwurf“ stattfinden. Da kann eine abfällige Bemerkung vorher in der Lokalpresse gewesen sein, aber auch ein Gerücht reicht da völlig aus. Und dann zieht es seine Kreise und ist nicht mehr beherrschbar.

Ich möchte einmal zeigen, was geschehen kann, wenn der Bürger normalerweise feststellt, dass die Obrigkeit ihn „verarscht“ hat und er betrogen wurde:

1. Zunächst kommt es zu spontanen Demonstrationen
2. Selbsternannte Wortführer bemächtigen sich eines Mediums, z.B. eines Megaphons, und lassen ihren „Frust“ ab (wird gemeinhin als Volksverhetzung bezeichnet)
3. Die Lokalpresse richtet sich dagegen, kippt dann aber mit zunehmender Intensität der Proteste um
4. Die Demonstrationen werden wiederholt und es kommen immer mehr Bürger, die Polizei ist nicht da
5. Da sich „nichts tut“ wird die Wut immer größer, und irgendwann meint einer der Wortführer, man müsse „Zeichen“ setzen und den Verantwortlichen eine Abreibung verpassen
6. An dieser Stelle entgleitet jegliche Kontrolle dem Verstand, es wird intuitiv gehandelt
7. Es kommt zu Übergriffen auf behördliche Einrichtungen, vielleicht die lokale Arbeitsagentur oder früher die MfS-Zentrale, kann aber auch eine Bank- oder Sparkassenfiliale sein
8. Jetzt erschrickt die „Volksmasse“ vor der eigenen Courage und wartet ab, die Lage beruhigt sich
9. Es geschieht weiterhin nichts (von Staats wegen), oder die Wortführer werden nicht mehr ernst genommen, Besorgnis regt sich aber, der Alltag drückt wieder im Hintergrund

An dieser Stelle wäre der lokale „Aufstand“ normalerweise schon erledigt. Die lokalen Behörden würden dann die Wortführer ermitteln und bestrafen, und die anderen Mitläufer und Straftäter soweit sie ihrer habhaft werden können. In der DDR- Umbruchphase geschahen an dieser Stelle Neuwahlen zur ersten „freien“, d.h. diesmal vom Westen (statt von Moskau) gesteuerten Volkskammerwahl.

Nicht so in der Legitimationsabwicklung der westlichen Demokraten aufgrund der weltumspannenden Systemkrise, die sich aus dem Zusammenbruch des Fiat- Money- Systems ergibt. Das ist ein Sonderfall:

10. Auch hier erschrickt die „Volksmasse“ vor der eigenen Courage, aber die Lage verschlimmert sich
11. Der Alltag ist mehr und mehr unbeherrschbar, da die Einkommen praktisch aller Haushalte „prekär“ sind, die Situation ist verzweifelt
12. Die Demonstrationen nehmen daher immer gewalttätigere Ausmaße an
13. Jeder sieht dann irgendwo einen Schuldigen, oder Profiteur des Systems, die Randalen greifen auch auf andere Behörden über, z.B. das „verhasste Finanzamt“ oder die „Idioten von der Stadtverwaltung“, insbesondere die alten lokalen Entscheider müssen jetzt herhalten (wie auch immer, vielleicht werden sie verprügelt?)
14. Die Not ist groß, es kommt zu Plünderungen
15. [Die Ordnungsmacht ist überfordert \(siehe G8- Gipfel\), die Kapazitäten reichen nicht aus, und die Repressionsapparate \(Überwachung, Berufsverbote, Strafprozesse\) verfehlen ihre abschreckende Wirkung, falls sie überhaupt arbeiten](#)
16. Die Sicherheit wird zu einem Problem, dazu kommen Brände, die von irgendwelchen Idioten angesteckt wurden
17. Eine Verwaltung ist an dieser Stelle nicht mehr möglich (siehe New Orleans am Beispiel des [Hurrikans Kathrina](#))
18. An dieser Stelle ist keiner der alten Entscheider mehr da, die Zeit für neue Helden ist gekommen, die Macht liegt auf der Strasse- Machtvakuum ([Ray Nagin](#) statt [der FEMA](#))
19. Wenn die neuen lokalen Entscheider durchsetzungsfähig sind, insbesondere in der Schaffung öffentlicher Sicherheit, werden sie akzeptiert und die Lage beruhigt sich jetzt doch, andernfalls

zerfällt das Gemeinwesen bis zur völligen Auflösung, d.h. die Leute „hauen ab, egal wohin“ und die Siedlung brennt nieder, weil vollständige Rechtlosigkeit, von kriminellen Subjekten ausgenutzt, zur „verbrannten Erde“ führt

20. Wenn die Lage sich beruhigt hat werden Anstrengungen zur Versorgung der Bevölkerung eingeleitet, und erst später erst „hohe Politik“ betrieben, aber gemessen werden die neuen Entscheider daran, dass die Sicherheit (dann nicht nur ein irakisches Problem) gewährleistet wird
21. Parallel muss die Versorgungslage stabilisiert werden, andernfalls kommt es zum Teufelskreis „Keine Sicherheit- Keine Versorgung- Keine Versorgung- Keine Sicherheit“, der mittelfristig ebenfalls in die vollständige Auflösung der Siedlung mündet (in echten Kriegen ist dies der Punkt „Befriedung“ und wird nach Besetzungen zu allererst durchgesetzt)

Dies ist also der lokale Ablauf des Legitimationsverlustes der „alten Seilschaften“. Wie findet das denn nun auf gesamtgesellschaftlicher Ebene statt? Ganz einfach, das ist schon heute teilweise erkennbar:

- Die Brüsseler EU-Kommission beschließt zunächst Gesetze, die ihre zugehörigen Provinzler, die Regierungen in Berlin, Paris usw. offenbar nicht umsetzen können oder wollen („Das ist ja unerhört! Was für ein Skandal!“), [Beispiel Sarkozy](#)
- Diese „Provinzler“ treten aus der EU aus, Deutschland vermutlich als letztes, oder bezeichnet sich selbst als „Kerneuropa“, analog dem Austritt der Sowjetrepubliken aus der UdSSR
- Unklarheit über die weitere politische und ökonomische Entwicklung beherrscht die Diskussion in den neuen alten Nationalstaaten
- Keine Konsensfindung angesichts der Rahmenbedingungen möglich, Flucht in die Realitätsverweigerung
- Bruch der Koalitionen, überhastete Neuwahlen, Koalitionsbildung nicht mehr möglich, Notverordnungen
- Der eine Machtflügel zieht real über den anderen her (nicht gespielt sondern echt)
- Im Bundestag finden keine Sitzungen mehr statt, da keine Ergebnisse zu erwarten sind, das Land ist mittlerweile unregierbar geworden
- Appelle im Fernsehen von „hoch verehrten“ Persönlichkeiten wie Bundeskanzlerin und Bundespräsident halten noch Ordnung aufrecht, man wartet ab
- Unangenehme und vor allem persönliche Dinge aus dem Leben der Entscheider werden skrupellos veröffentlicht, alles amüsiert sich oder ist angewidert, unangenehme Fakten kommen ans Tageslicht usw.
- Bestehende Gesetze werden zunehmend nach Lust und Laune gehandhabt, da keine Aufsicht mehr vorhanden ist
- Einstellung gesetzeskonformem Handelns, zunächst bei Steuern, Abgaben und „sinnlosen Auflagen“ wie Statistikführung in Betrieben, Meldungen, Versicherungen u. a., später auch in „lebenswichtigen“ Bereichen
- Schrittweise Lahmlegung der fiskalischen Grundlagen des Nationalstaates
- Appelle im Fernsehen von „hoch verehrten“ Persönlichkeiten wie Bundeskanzlerin und Bundespräsident nimmt nun keiner mehr ernst



- Im weiteren Verlauf der ökonomischen Krise fallen die Sender aus, staatliche Propaganda ist nicht mehr möglich, Informationen nur mehr über Internet, Radio oder Ausland
- Öffentliches Leben und Verwaltung basiert zunehmend auf ehrenamtlicher Basis oder gar nicht (Keine oder unregelmäßige Gehaltszahlungen der ÖTV- Bereiche und der städtischen Angestellten- wie in Ex- UdSSR)
- Prekäre Lebensverhältnisse greifen auf Mittelstand über...



Hier endet die gesamtgesellschaftliche Abwicklung, da allein aus organisatorischer Sicht ein Zentralstaat nur über eine funktionstüchtige Ökonomie zu verwalten ist. An dieser Stelle schon ist der Nationalstaat am Ende und zerfällt zunächst (für Deutschland gesprochen) auf die nächst tiefere Ebene, und von da an immer weiter nach unten zur lokalen Ebene, bis sich kompetente und durchsetzungsstarke Entscheider finden, die vor allem die Sicherheit gewährleisten können. An dieser Stelle setzt also Punkt 1 (siehe oben) an.

Und das ist in kleineren Ortschaften, Gemeinden und Kommunen einfacher als gleich für ein ganzes Bundesland. Für

größere Ortschaften gilt dasselbe: Stadt, Bezirke, Strassen, Blocks, von oben nach unten- die gesamte Elite wird so erneuert, oder auch nicht, dann siehe Punkt 20. Falls das gelingt, ist zumindest die Basis geschaffen für einen Neuanfang, ganz im Sinne unseres alt gedienten Bundespräsidenten und EX- IWF Chef Horst Keiler.



Fazit: Die Abwicklung der Legitimation der Eliten erfolgt zunächst gesamtgesellschaftlich, bricht dann nach unten durch die niederen staatlichen Strukturen bis zur Kommune oder Gemeinde durch. Die Abwicklung auf lokaler Ebene erfolgt unterschiedlich, je nachdem wie viel „Dreck“ die lokalen Größen haben, mitunter sind aber auch fähige Leute noch im Amt und es geschieht dort „nichts“. Führungsfähigkeit und die Beherrschung von „Friktionen“ (Unwägbarkeiten) sind dann die Devise, und neue Helden braucht das Land. Jede helfende Hand wird später benötigt, da das vorher existierende Gebilde „Nationalstaat“ mangels ökonomischer Masse kollabieren wird. In einigen Ländern wohl mehr (SP,UK

), in anderen eher weniger (AUT, CH, Deutschland Mischform). Diese neuen Entscheider werden sich daran zu messen haben, inwieweit und wie schnell sie vor Ort die Krise überwinden werden oder nicht. Desto eher kehrt wieder Normalität ein. Anschließend ist die Elite erneuert.

Zum Autor:

Michael Brumme ist seit mehreren Jahren in der Reisebranche als Vermittler tätig. Er studierte an der TU Braunschweig Geschichte, Philosophie und Soziologie. Daneben beschäftigt er sich seit über 10 Jahren mit den Themen „Überleben in Krisensituationen“ sowie „Vernetztes Denken“. Er kann über mibuso@web.de erreicht werden.